



Abo [Initiative abgelehnt](#)

Regierung versetzt dem Seeuferweg einen weiteren Dämpfer

Die Zürcher Regierung will den Seeuferweg nicht in der Verfassung verankern. Die Initianten rechnen trotzdem mit einem Erfolg.



Carina Blaser

Publiziert: 14.07.2022, 20:00



Geht es nach den Initianten, soll es bis 2050 einen durchgehenden Uferweg geben. Hier der Seeuferweg in Horgen zwischen der Villa Seerose und der Sust.

Archivfoto: André Springer

Im November haben die Befürworterinnen und Befürworter eines durchgehenden Seeuferweges den Druck auf die Regierung erhöht und **die Uferinitiative eingereicht**. Diese kantonale Volksinitiative fordert unter anderem, dass der Kanton bis 2050 entlang des Zürichsees einen durchgehenden Uferweg erstellt und die Ufer von Zürcher Gewässer ökologisch aufwertet.

Nun versetzt der Regierungsrat dieser Initiative einen Dämpfer. Er beantragt dem Kantonsrat, die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Gesetzliche Grundlagen seien vorhanden

Der Regierungsrat begründet seinen Entscheid damit, dass mittels des Gegenvorschlages bereits genügend gesetzliche Grundlagen vorhanden seien. Er erachtet die daraus jährlich zur Verfügung stehenden 6 Millionen Franken, woran sich auch die Gemeinden beteiligen müssen, noch immer als angemessen.

Zudem würden die Kosten für die von der Initiative geforderte Wegführung in keinem Verhältnis zu den im Strassenfonds vorhandenen Mitteln stehen. Gemäss der Exekutive ist die Initiative zudem wenig dringlich, da bereits über die Hälfte des Weges gebaut worden sei.

Ökologische Aufwertung gefordert

Grund für die Initiative – eingereicht wurde sie vom Verein «Ja zum Seeuferweg» und von Politikerinnen und Politikern der EVP, der SP, der Grünen und der GLP sowie Vertretern der Naturverbände – war Enttäuschung: Schon vor zwölf Jahren forderte der Verein «Ja zum Seeuferweg» mittels einer Initiative den Ausbau des Seeuferweges. 2013 einigte man sich auf einen Gegenvorschlag des Zürcher Kantonsrats.

Dank diesem Kompromiss sollten fortan jährlich 6 Millionen Franken zur Verfügung stehen für den Bau von Abschnitten des Seeuferweges. Seit dieser Entscheidung sind jedoch erst 180 Meter des Uferweges in Horgen entstanden, worüber sich das parteiübergreifende Initiativkomitee ernüchert zeigte, sodass es den Regierungsrat mit der neuen Initiative ein weiteres Mal zum Handeln auffordern wollte.

Mit der Initiative will das Komitee eine Änderung in der Kantonsverfassung bewirken: Julia Gerber Rüegg, Präsidentin des Initiativkomitees, erklärt: «Unser zentrales Anliegen ist es nicht nur, dass ein durchgehender Seeuferweg entsteht, sondern dass der Kanton auch den Naturschutz der Ufer der Zürcher Gewässer in der Verfassung verankert.»

«Jahrelange Verzögerungstaktik»

Die Wädenswilerin zeigt sich ob des Entscheids des Regierungsrates nicht überrascht. «Wir haben erwartet, dass die Volkswirtschaftsdirektorin, Carmen Walker Späh (FDP), weiterhin blockiert und der Regierungsrat deshalb keinen Gegenvorschlag ausarbeiten kann.» Gerber Rüegg spricht von einer jahrelangen «Verzögerungstaktik», die der Regierungsrat rund um den Ausbau des Seeuferweges anwenden würde.

Weil die Exekutive in ihrem Entscheid nicht auf den ökologischen Aspekt der Initiative eingeht, habe sie sich im ersten Moment gefragt, ob der Regierungsrat den Initiativtext überhaupt gelesen habe. «Wir glauben jedoch, dass die Regierung gar nicht erst vertieft auf das Thema des Naturschutzes eingehen will und diese heisse Kartoffel lieber dem Parlament übergibt.»

«Grosse Mehrheit für Initiative»

Die Wädenswilerin sagt, sie nehme nicht an, dass der Entscheid des Regierungsrates der Initiative schade. Sie glaube, dass sich die grosse Mehrheit des Stimmvolks bei einer Urnenabstimmung für den Ausbau des Seeuferweges und die ökologische Aufwertung der Ufer aussprechen würde.

«Das Reisen ist schwieriger geworden, und die Pandemie dauert an – die Zürcher Bevölkerung will sich im Freien aufhalten und die Zürcher Gewässer geniessen können.» Zudem habe sich das Bewusstsein für Naturschutz in der Bevölkerung

stark gewandelt, argumentiert die Initiantin.

Nun liegt es laut Julia Gerber Rüegg am Kantonsrat, das «wichtige öffentliche Interesse des Uferschutzes» sicherzustellen und die Initiative zur Annahme zu empfehlen. Die Initiative wird nach dem politischen Prozess im Kantonsrat vor das Volk gelangen.

Carina Blaser ist seit 2019 Redaktorin im Ressort Bezirk Horgen. Sie studierte Psychologie an der Universität Zürich. [Mehr Infos](#)

Publiziert: 14.07.2022, 20:00

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)